

III— 129 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

18 APR 1974

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE  
ANGELEGENHEITEN

## Bericht

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die  
XVII. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz der IAEA  
vom 18. bis 24. September 1973 in Wien

## Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
<b>Allgemeines</b>	
1. Einführung .....	3
2. Aufnahme neuer Mitgliedstaaten .....	3
3. Prüfung der Beglaubigungsschreiben .....	4
4. Bericht des Gouverneursrates .....	4
5. Abänderung der Geschäftsordnung .....	5
6. Wahlen in den Gouverneursrat .....	6
7. Budget der IAEO für 1973 .....	6
8. Budget der IAEO für 1974 .....	6
9. Beitragsquoten der Mitgliedstaaten für 1974 .....	7
10. Beziehungen der IAEO zu zwischenstaatlichen Organisationen .....	7
11. Eröffnungsdatum der XVIII. Ordentlichen Tagung .....	7
<b>Annexe</b>	
I. Tagesordnung der XVII. Ordentlichen Tagung .....	8
II. Zusammensetzung der österreichischen Delegation zur XVII. Ordentlichen Tagung ..	9
III. Wahlen gemäß Geschäftsordnung .....	10
IV. Ansprache des Generaldirektors der IAEO (Auszug) .....	11
V. Auszüge von im Plenum gehaltenen Ansprachen der Delegierten .....	13
VI. Erklärung des österreichischen Delegierten .....	16

## 1. Einführung

Die XVII. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz der IAEA nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf, da die Frage der Zulassung der DDR, die in den vergangenen Jahren immer wieder Anlaß zu Gegensätzlichkeiten gegeben hatte, bei dieser Tagung durch die Aufnahme dieses Landes gelöst wurde, und die Tagesordnung auch sonst keine politisch kontroversiellen Themen enthielt.

Tagungsort der XVII. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz, die vom 18. bis 24. September 1973 dauerte, war wieder das Kongresszentrum in der Wiener Hofburg.

Nach der Eröffnung durch den Präsidenten der vorjährigen Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz, den mexikanischen Minister für das Staatsvermögen und Vorsitzenden des mexikanischen Instituts für Kernenergie, Horacio Flores de la Peña, an der Bundeskanzler Doktor Bruno Kreisky und der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Rudolf Kirchschläger, teilnahmen, wurde über Vorschlag des indonesischen Delegierten, der von den Delegierten Kanadas und Japans unterstützt wurde, der Vorsitzende der australischen Atomenergiekommission, R. W. Boswell, zum Präsidenten der diesjährigen Konferenz gewählt.

Von den 105 Mitgliedern der IAEA waren 85 durch Delegierte vertreten.

Die Arbeit der Generalkonferenz konzentrierte sich auf drei Hauptpunkte:

a) Im Vordergrund standen weiterhin die Fragen, die mit der Durchführung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) zusammenhängen. Dieses Vertragswerk wurde bisher von 95 Nichtatomwaffenstaaten unterzeichnet und von 78 ratifiziert. Gemäß Art. III. 1 dieses Vertrages müssen diejenigen Nichtatomwaffenstaaten, die den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet und ratifiziert haben, ein Abkommen mit der IAEA über die Durchführung der Sicherheitskontrollen abschließen. Derartige Abkommen haben bisher 45 Staaten mit der IAEA abgeschlossen, 26 davon sind schon in Kraft getreten.

Den bedeutendsten Fortschritt in Richtung auf die angestrebte Universalität des Kontrollsystems stellte die am 5. April 1973 erfolgte Unterzeichnung des Sicherheitskontrollabkommens mit EURATOM und den Nichtatomwaffenstaaten des EURATOM dar. Vorbereitende Verhandlungen über NPT-Sicherheitskontrollen wurden mit einer Reihe von Staaten fortgesetzt, weiters wurden Fortschritte bezüglich der von den USA und Großbritannien angebotenen Unterstellung einiger ihrer nichtmilitärischen Kernanlagen unter die IAEA-Sicherheitskontrollen erzielt.

Nach Inkrafttreten des zwischen Österreich und der IAEA abgeschlossenen Sicherheitskontrollabkommens wird nunmehr auf Grund des „Sicherheitskontrollgesetzes“ (Bundesgesetz über die Einrichtung eines Sicherheitskontrollsysteins zur Gewährleistung der friedlichen Verwendung der Atomenergie, BGBl. Nr. 408/72) ein österreichisches nationale Kontrollsysteim erstellt. Die österreichischen Bemühungen, ein rationelles und befriedigendes Verfahren für die technische Durchführung der Sicherheitskontrollen zu entwickeln, finden wertvolle Unterstützung seitens der IAEA.

b) Neben den Fragen des Atomwaffensperrvertrages und dem Ausbau des Sicherheitskontrollsysteimes lag ein weiterer Schwerpunkt bei der Entwicklungshilfe. Die Leistungen der IAEA auf dem Gebiet der technischen Hilfe wurden von den Delegierten der Entwicklungsländer gewürdigt, wobei die bisher für 14 Länder fertiggestellte Marktuntersuchung über Kernkraftwerke besonders begrüßt wurde. Doch wurde von fast allen dieser Staaten bedauert, daß die für die Sicherheitskontrollen veranschlagten Beträge die Aufwendungen für die technische Hilfe wesentlich übersteigen. Dazu komme, daß die für die technische Hilfe zur Verfügung stehenden Mittel durch Wechselkursänderungen und Inflation real sogar sinken. Auch von der Energiekrise seien die an Energieträgern armen und kapitalschwachen Entwicklungsländer besonders betroffen.

c) Das dritte Hauptproblem der XVII. Ordentlichen Tagung war die finanzielle Lage der IAEA. Durch die Paritätsverminderung des US-Dollars, die seit der Erstellung des Budgetentwurfes der IAEA für 1974 eingetreten ist, mußte ein Ausgleichsbetrag in der Höhe von 4,600.000 Dollar in den Voranschlag aufgenommen werden. Außerdem war es notwendig, ein Nachtragsbudget für 1973 zu beschließen und die Mitgliedstaaten um die Leistung von zusätzlichen Beiträgen zu ersuchen.

Die Tagesordnung der Konferenz ist im Annex I, die Liste der Mitglieder der österreichischen Delegation im Annex II wiedergegeben. Das Ergebnis der lt. Geschäftsordnung durchzuführenden Wahlen ist im Annex III festgehalten. Annex IV enthält eine Zusammenfassung der Eröffnungsrede des Generaldirektors der IAEA, Dr. Eklund, Annex V Auszüge von im Plenum gehaltenen Reden der Delegierten und Annex VI den vollständigen Text der Rede des österreichischen Delegierten.

## 2. Aufnahme neuer Mitgliedstaaten

Gemäß Art. IV B des Statuts entscheidet über Aufnahmeanträge die Generalkonferenz auf Empfehlung des Gouverneursrates.

Der Konferenz lagen die vom Gouverneursrat in seinen Sitzungen vom 13. Juni bzw. 14. September 1973 geprüften und ihr zur Annahme empfohlenen Aufnahmegesuche der DDR und der Mongolischen Volksrepublik vor. Beide Staaten wurden ohne Abstimmung in die IAEA aufgenommen, wodurch sich der Mitgliederstand auf 105 erhöhte. Die VR China hat allerdings den nach dem Ausscheiden Taiwans frei gewordenen Platz noch nicht eingenommen.

### 3. Prüfung der Beglaubigungsschreiben

Im Beglaubigungsausschuß erhoben die Delegierten der UdSSR und Polens Einwände gegen die Zulassung der Republik Vietnam und der Republik Korea. Der Ausschuß folgte den Einwänden jedoch nicht und empfahl der Generalkonferenz in einem Resolutionsentwurf, die vorgelegten Beglaubigungsschreiben anzuerkennen.

In der Generalkonferenz, welche die Resolution des Beglaubigungsausschusses ohne Abstimmung billigte, hatten sich auch die Delegierten Albaniens, Rumäniens, Kubas und Algeriens gegen die Anerkennung der Beglaubigungsschreiben der Vertreter Süd-Vietnams und Süd-Koreas ausgesprochen, wobei die Delegierten Albaniens und Rumäniens auch die Gültigkeit des Beglaubigungsschreibens der Republik Khmer bestritten. Die Abwesenheit der Delegation Chiles wurde von den Delegierten der UdSSR, Kubas und Algeriens bedauert.

### 4. Bericht des Gouverneursrates

Gemäß Art. V E. 4 der Statuten hat der Gouverneursrat den Jahresbericht über die Tätigkeit der IAEA der Generalkonferenz zur Prüfung vorzulegen. Der Bericht wird den zuständigen Ausschüssen zugewiesen, die dann ihrerseits dem Plenum berichten.

Der XVII. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz lag der Bericht über die Tätigkeit vom 1. Juli 1972 bis 30. Juni 1973 vor. Es wurden darin als Schwerpunkte der Tätigkeit der IAEA die Verhandlungen und der Abschluß von Sicherheitskontrollabkommen gemäß Art. III des Atomwaffensperrvertrages, die Hilfeleistung an Entwicklungsländer sowie die Auswirkungen der Kernenergie auf die menschliche Umwelt angeführt.

Nachstehende Punkte des Berichtes erscheinen von besonderem Interesse.

#### a) Sicherheitskontrollabkommen und Atomwaffensperrvertrag

Bis September 1973 haben 95 Nichtatomwaffenstaaten den Atomsperrvertrag unterzeichnet, 78 davon haben ihn ratifiziert oder sind ihm beigetreten. 45 Staaten haben bisher mit der

IAEA Sicherheitskontrollabkommen abgeschlossen, 26 davon sind bereits in Kraft getreten. Das Sicherheitskontrollabkommen mit EURATOM und den 5 Nichtatomwaffenstaaten des EURATOM wurde am 5. April 1973 von diesen sowie von Dänemark und Irland, die EURATOM seit 1. Jänner 1973 angehören, unterzeichnet.

Von den 18 Staaten, für die der Vertrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) am 30. Juni 1973 bereits in Kraft war, hatten 4 die vorgenommenen Sicherheitskontrollabkommen abgeschlossen. Ein Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der IAEA und der OPANAL (Organisation zur Verhinderung von Atomwaffen in Lateinamerika) wurde in Mexiko City unterzeichnet und trat am 3. Oktober 1972 in Kraft.

#### b) Technische Hilfe

Der Nominalwert der für technische Hilfe und Ausbildung zur Verfügung stehenden Mittel hat sich von 5,4 Millionen Dollar im Jahre 1971 über 6,2 im folgenden Jahr auf ca. 6,8 Millionen Dollar im Jahre 1973 erhöht.

Im Jahre 1973 erreichte die von der IAEA gewährte technische Hilfe ihr bisher größtes Ausmaß und übertraf die Leistungen des vorangegangenen Jahres um 11%. 71 Länder und eine regionale Organisation erhielten technische Hilfe in irgendeiner Form, wobei Afrika mit 21 Ländern an der Spitze stand; es folgten Lateinamerika (16), Asien und Ferner Osten (14), Europa (13) und Naher Osten (5). 19 Länder gewährten technische Hilfe ohne selbst welche zu erhalten, während 49 Länder nur Hilfe in Anspruch nahmen.

Von der IAEA wurde eine Marktuntersuchung über Kernkraftwerke begonnen und bisher für 14 Entwicklungsländer fertiggestellt. Die Untersuchung ergab, daß in diesen Ländern erst in den Jahren 1983/84 Kernreaktoren zur Erzeugung von kommerzieller Energie operativ sein werden. Reaktorgrößen unter 200 MW werden als nicht ökonomisch bezeichnet, es werden daher Reaktoren von einer Erzeugungskapazität von 200 bis 1000 MW geplant werden müssen. Diese Studie wird 1977/78 noch einmal überprüft werden, um festzustellen, ob die Vorbereitungsarbeiten diesen Voraussagen noch immer entsprechen. Außerdem sollen weitere Entwicklungsländer, die dies wünschen, in die Untersuchung einbezogen werden.

#### c) Kernenergie und Umwelt

Die IAEA hat das Programm betreffend den Umweltschutz, besonders die Ausarbeitung sicherer Verfahren zur Lagerung bzw. Vernichtung von nuklearem Abfall, intensiviert.

Die vom Generaldirektor bei der XVI. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz in Mexico City skizzierten zusätzlichen Tätigkeiten wurden von einem Expertenkomitee sowie vom SAC (Scientific Advisory Committee) empfohlen und vom Gouverneursrat im Februar 1973 bestätigt. Für die Finanzierung des Beginnes dieser Tätigkeiten im Jahre 1973 leisteten Australien, Finnland, Frankreich, BRD, Japan, Südafrika, Schweden, Großbritannien und die USA Sonderbeiträge in der Höhe von insgesamt rund 148.000 Dollar.

Der Anstoß zu dieser neuen Arbeit war zum Teil von der UN-Konferenz über die menschliche Umwelt, Stockholm, Juni 1972, gegeben worden. Eine weitere Konferenz (London, November 1972) nahm eine Konvention zur Verhinderung der Meeresverunreinigung an, in der die IAEA als die für die Definition von hochgradig radioaktivem Material zuständige Institution bezeichnet wird, und in der die Vertragspartner aufgefordert werden, sich ganz an die Empfehlungen der IAEA betreffend die Versenkung radioaktiven Materials zu halten.

Im Februar 1973 ermächtigte der Gouverneursrat den Generaldirektor, mit UNEP (UN-Umwelt-Programm) Vereinbarungen für die Durchführung von Programmen etc. betreffend die Auswirkung von Atomenergie auf die Umwelt oder die Verwendung nuklear-wissenschaftlicher Techniken in Umweltstudien abzuschließen. Die IAEA hat UNEP 7 Projekte, die alle Empfehlungen der Stockholmer Konferenz betreffen, vorgeschlagen.

#### d) Kerntechnologie

Ende 1972 waren in der ganzen Welt Kernkraftwerke mit einer Energieproduktionskapazität von 37.000 MW in Betrieb. Im Jahre 1972 wurden Bauaufträge in der Rekordhöhe von 46.350 MW erteilt, womit die bereits gebauten bzw. bestellten Kraftwerkskapazitäten insgesamt 226.500 MW erreichen. Um die Vorausschätzungen für 1980 (zirka 315.000 MW) zu erreichen, müssten weitere Kraftwerksprojekte mit einer Kapazität von mindestens 88.500 MW bis Ende 1975 in Auftrag gegeben und mit deren Bau begonnen werden.

Eine Gruppe von Experten hat im Februar 1973 eine Übersicht über die Tätigkeit der gemeinsamen FAO/IAEA-Abteilung erstellt, wobei gutgeheißen wurde, daß diese Abteilung ihre Tätigkeit vor allem auf Lösungsvorschläge für Probleme der Entwicklungsländer konzentriert.

#### e) Internationales Nuklear-Informationssystem (INIS)

Im Jahre 1970 wurde der Aufbau eines weltweiten nuklearen Informationssystems begonnen,

in dem die Publikationen der Mitgliedsländer der IAEA auf dem Atomsektor erfaßt und mit Hilfe von Bulletins, Magnetbändern und Mikrofilmen allen Mitgliedsländern bekannt und zugänglich gemacht werden.

Ende Juni 1973 nahmen 44 Mitgliedstaaten und 12 internationale Organisationen am INIS-Projekt teil. INIS umfaßt nun sämtliche Gebiete der nuklear-wissenschaftlichen Literatur. Die Zahl der erfaßten einzelnen Punkte ist von ungefähr 8.200 in 1970/71 über 12.007 in 1971/72 auf 43.920 in 1972/73 angestiegen. Die FAO hat die IAEA um Unterstützung bei der Entwicklung eines ähnlichen Systems (AGRIS) für das Gebiet der Landwirtschaft ersucht.

#### f) Revision von Artikel VI des Statuts

Die anlässlich der XIV. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz 1970 beschlossene Revision von Art. VI des Statuts ist am 1. Juni 1973 in Kraft getreten. Der Gouverneursrat wird auf Grund dieser Statutenänderung um ein Drittel vergrößert, wodurch vor allem den Entwicklungsländern eine intensivere Mitarbeit in diesem Organ ermöglicht wird.

#### g) Beschäftigtenstand der IAEA

Am 30. Juni 1973 verfügte das Sekretariat über 339 Konzeptsbeamte (P-Posten und darüber), 556 GS-Posten und 234 M-Posten. Der Beschäftigtenstand belief sich somit insgesamt auf 1129 Personen gegenüber 1127 im Vorjahr. Die Zunahme betraf M-Posten (+ 7), die P-Posten gingen um 5 zurück, während die GS-Posten unverändert blieben.

Die Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung über den Abschluß eines neuen Abkommens betreffend die Soziale Sicherheit der Angestellten der IAEA, wurden anfangs 1973 zu Ende geführt und das Abkommen am 7. August 1973 unterzeichnet.

#### 5. Abänderung der Geschäftsordnung

Entsprechend der mit 1. Juni 1973 in Kraft getretenen Abänderung des Art. VI A 2 der Satzung der IAEA hatte die Generalkonferenz über eine Abänderung der Geschäftsordnung zu beschließen, um die Durchführung der Wahl der neuen Mitglieder des erweiterten Gouverneurates zu ermöglichen. Eine Reihe von Vorschlägen betreffend weitere Änderungen der Geschäftsordnung, die eine Vereinfachung und damit Beschleunigung der Arbeit der Generalkonferenz herbeiführen soll, lagen zur Behandlung vor. Vor allem aus Zeitmangel konnte das zuständige Komitee die Beratungen nicht abschließen und schlug der Generalkonferenz daher vor, den Generaldirektor zu ersuchen, bis zur nächsten Ordentlichen Tagung mit Hilfe einer Arbeitsgruppe den Entwurf einer Geschäftsordnungsän-

derung zu erstellen und diesen der Generalkonferenz zur weiteren Behandlung und Beschußfassung vorzulegen.

#### 6. Wahlen in den Gouverneursrat

Die Wahl von Mitgliedstaaten in den Gouverneursrat erfolgte anlässlich der XVII. Ordentlichen Tagung erstmalig auf Grund des abgeänderten Artikels VI A 2 der Satzung. Durch die am 1. Juni 1973 in Kraft getretene Neufassung wird die Zahl der von der Generalkonferenz nach dem Rotationsprinzip zu wählenden Mitglieder von 12 auf 22, die Zahl der „most advanced countries“ von 10 auf 12 erhöht.

Als „most advanced countries“ wurden vom Gouverneursrat vorgeschlagen: Kanada, Frankreich, BRD, Indien, Italien, Japan, UdSSR, Großbritannien, USA, Südafrika, Australien, Brasilien.

Die Amtsperiode der im Jahre 1971 gewählten anderen Mitglieder endete am Schluß der XVII. Tagung der Generalkonferenz. Die Amtsperiode der vier im Jahre 1972 gewählten Mitglieder (Argentinien, Indonesien, Mexiko und Saudi-Arabien) endet 1974, sodaß von der XVII. Generalkonferenz 18 neue Mitglieder zu wählen waren. Der abgeänderte Art. VI sieht die Wahl für eine zweijährige Amtsperiode vor. Um das auch bisher angewendete Prinzip der Überschneidung der Amtsperioden jener Länder, die innerhalb der einzelnen geographischen Regionen nach dem Rotationsprinzip gewählt werden, zu gewährleisten, haben sich sieben der neu gewählten Mitglieder (Algerien, Chile, ČSSR, Dänemark, Ghana, Irland, Libanon) bereit erklärt, aus dem Gouverneursrat schon nach einem Jahr auszuscheiden.

Folgende Länder hatten sich für die Wahl anlässlich der XVII. Ordentlichen Tagung um einen Sitz im Gouverneursrat beworben: Chile, Costa Rica, Peru, Korea, Pakistan, Sudan, Irland, Schweden, Schweiz, Dänemark, Philippinen, Libanon, ČSSR, Bulgarien, Ungarn, Algerien, Gabon und Ghana.

Die Wahl der neuen Mitglieder erfolgte entsprechend den Kandidaturen mit jeweils großer Mehrheit.

#### 7. Das Budget der IAEA für 1973

Der Gouverneursrat sah sich gezwungen, der Generalkonferenz für 1973 ein Nachtragsbudget in der Höhe von 1,630.000 US-Dollar vorzulegen, da sich das Ordentliche Budget für 1973 vor allem wegen der Wechselkursänderungen und der Inflationsrate nicht als ausreichend erwies. Während ein Teil des Defizits durch Einsparungen abgedeckt werden konnte, war der Betrag von 1,250.000 US-Dollar in Form von Nachtragszahlungen der Mitgliedsländer aufzubringen. Der auf Österreich anteilmäßig entfallende Betrag beläuft sich auf 6685 US-Dollar.

Die Generalkonferenz hat das Nachtragsbudget für 1973 entsprechend der Empfehlung des Gouverneursrates beschlossen.

#### 8. Das Budget der IAEA für 1974

Die Generalkonferenz hat das ihr gemäß Art. XIV A des Statuts der IAEA vom Gouverneursrat vorgelegte Budget für das Jahr 1974 gebilligt.

Das Budget gliedert sich in Regular und Operational Budget. Die im Rahmen des Regular Budgets vorgesehenen Ansätze belaufen sich auf 25,064.000 US-Dollar, worin ein auf Grund der zur Zeit der Verabschiedung des Budgets geltenen Dollarparität erforderlich gewordener Anpassungsbetrag von 4,6 Millionen US-Dollar enthalten ist. Die Steigerung gegenüber dem berichtigten Budget 1973 beträgt rund 27,2%. Das Operational Budget, bestehend aus Operating Fund I und II, sieht gegenüber 1973 eine Ausweitung um ein Drittel auf 4,209.000 US-Dollar vor. Das Gesamtbudget der IAEA für 1974 beläuft sich somit auf 29,273.000 US-Dollar.

Ausgabenseitig hat sich die unbefriedigende Struktur weiter verschlechtert: 74% der Gesamtausgaben (1973: 61,2%) entfallen auf Personalkosten. Für die wichtigsten Positionen sind nachstehende Ansätze vorgesehen:

1. Allgemeine Dienstleistungen (Betriebskosten, Dokumente usw.) ..... 3,310.000 \$ (+ 5,7%)
2. Sicherheitskontrolle .. 3,441.000 \$ (+ 17,9%)
3. Verwaltung ..... 2,260.000 \$ (+ 10,5%)
4. IAEA-Laboratorium (Seibersdorf) ..... 1,365.000 \$ (+ 11,9%)

Für die Programme „Technical Assistance und Training“ und „Food and Agriculture“, die hauptsächlich den Entwicklungsländern zugute kommen, sind Ausgaben von insgesamt 4,875.000 US-Dollar (+ 2,57%) vorgesehen.

Die Generalkonferenz hat über nachstehende Empfehlungen des Gouverneursrates Beschuß gefaßt:

- A. Regular Budget für 1974: 25,064.000 US-Dollar. Speisung: 23,137.000 US-Dollar durch Beiträge der Mitgliedstaaten und 1,927.000 US-Dollar durch diverse Einnahmen;
- B. Operational Budget für 1974: 4,209.000 US-Dollar. Speisung: 3,000.000 US-Dollar durch freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten zum General Fund sowie 1,209.000 US-Dollar aus diversen Einnahmsquellen;
- C. Working Capital Fund für 1974: 2,000.000 US-Dollar.

Österreich hat den Empfehlungen des Gouverneursrates zugestimmt und sich vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung bereit erklärt, wie in den Vorjahren, einen freiwilligen Beitrag zum General Fund in der quotenmäßigen Höhe von 15.900 US-Dollar zu leisten.

#### **9. Beitragsquoten der Mitgliedstaaten für 1974**

Die Generalkonferenz faßte über Vorschlag des Generaldirektors einen Beschuß über die Aufschlüsselung der Beiträge zum Budget für 1974.

Die österreichische Beitragsquote beträgt für 1974 0'53738, der Anteil an den Kosten der Sicherheitskontrolle der IAEA 0'57062%. Somit wird Österreich insgesamt einen Anteil am Regular Budget von 124.334 US-Dollar zu leisten haben.

#### **10. Beziehungen der IAEA zu zwischenstaatlichen Organisationen**

Die IAEA hatte bisher Abkommen über die Zusammenarbeit mit mehreren zwischenstaatli-

chen Organisationen abgeschlossen, deren Vertreter der Generalkonferenz beiwohnen. Es handelt sich hiebei um die Kernenergieagentur (NEA) der OECD, die Interamerikanische Kernenergiekommission der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), die Organisation für afrikanische Einheit und die Arabische Liga. Auf Grund eines Beschlusses der XVI. Ordentlichen Tagung wurde ein derartiges Kooperationsabkommen zwischen der IAEA und der Organisation für das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (OPANAL) in Mexico City unterzeichnet und ist am 3. Oktober 1972 in Kraft getreten.

#### **11. Eröffnungsdatum der XVIII. Ordentlichen Tagung**

Die XVIII. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz wird wieder in Wien, Kongresszentrum Hofburg, abgehalten werden. Als Eröffnungsdatum wurde Montag, der 16. September 1974, festgesetzt.

**Tagesordnung der XVII. Ordentlichen Tagung**

1. Eröffnung der Tagung
2. Wahl des Präsidenten
3. Beglaubigungsschreiben der Delegierten zur XVII. Ordentlichen Tagung (1973)
  - a) Ernennung des Beglaubigungskomitees
  - b) Bericht des Beglaubigungskomitees
4. Wahl der Vizepräsidenten
5. Einsetzung des Allgemeinen Komitees
6. Bewerbungen um die Mitgliedschaft in der IAEA
7. Annahme der Tagesordnung und Zuweisung von Tagesordnungspunkten an die Komitees
8. Bestellung des Generaldirektors
9. Ansprache des Generaldirektors
10. Allgemeine Debatte und Bericht des Gouverneursrates über das Jahr 1972/73
11. Schlußdatum der Tagung
12. Eröffnungsdatum der XVIII. Ordentlichen Tagung (1974)
13. Das Budget der IAEA für 1973
14. Das Budget der IAEA für 1974
15. Beitragsquoten der Mitgliedstaaten für 1974
16. Marktuntersuchung für Kernenergie
17. Rechnungsbericht der IAEA für 1972
18. Abänderung der Geschäftsordnung
19. Wahl von Mitgliedstaaten in den Gouverneursrat
20. Ernennung des externen Rechnungsprüfers
21. Wahlen in das Personal-Pensionskomitee der IAEA
22. Freiwillige Beiträge zum Allgemeinen Fonds für 1974
23. Schluß der Tagung

Annex II**Zusammensetzung der österreichischen Delegation zur XVII. Ordentlichen Tagung**

Delegierter: a. o. Gesandter und bev. Minister Dr. Johann M a n z  
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Stellvertretende Delegierte: Ministerialrat Dipl.-Ing. Richard P o l a c z e k  
Bundeskanzleramt, Sektion V

Ministerialrat Kurt Z e l e n y  
Bundeskanzleramt

Sektschef Dipl.-Ing. Johann M ü l l e r  
Bundesministerium für soziale Verwaltung

Ministerialrat Dipl.-Ing. Franz B e r g e r  
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Ministerialrat Dipl.-Ing. Rudolf R e n n e r  
Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Sektschef Dr. Robert T s c h e c h  
Bundesministerium für Verkehr

Ministerialrat Dipl.-Ing. Raimund P e r t u s i n i  
Bundesministerium für Bauten und Technik

Dr. Rudolf B u r g e r  
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Ministerialsekretär Dr. Peter V y c h y t i l  
Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Wissenschaftlicher Berater: Dr. Alfons B u r t s c h e r  
Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Ges.m.b.H.

Delegationssekretär: Legationssekretär Dr. Ulrich H a c k  
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

**Wahlen gemäß Geschäftsordnung**

A. In den Vollmachtenausschuß wurden gewählt: Australien, Griechenland, Kolumbien, Pakistan, Philippinen, Polen, Tunesien, die UdSSR und die USA. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der kolumbianische Delegierte und Ständige Vertreter Kolumbiens bei der IAEO, Dr. T ulio A. M a r u l a n d a, gewählt.

B. Zum Vorsitzenden des Programm- und Budgetausschusses wurde der Delegierte der BRD und Ständige Vertreter der BRD bei der IAEO, Dr. Werner U n g e r e r, gewählt. Stellvertreter: Vorsitzender: Ghana, Berichterstatter: Kanada.

C. Zum Vorsitzenden des Verwaltungs- und Rechtsausschusses wurde der Delegierte Indiens, indischer Botschafter in Österreich und Ständiger Vertreter Indiens bei der IAEO, R. J a i p a l, gewählt. Stellvertretender Vorsitzender: Japan, Berichterstatter: Finnland.

D. Nachstehende acht Mitgliedstaaten wurden durch Wahl bestimmt, je einen Vizepräsidenten der Generalkonferenz zu nominieren: Großbritannien, Japan, Madagaskar, Rumänien, Saudi-Arabien, die UdSSR, die USA und Uruguay.

E. In den Allgemeinen Ausschuß, der aus dem Präsidenten der Generalkonferenz, den acht Vizepräsidenten, den Vorsitzenden der Hauptausschüsse (Programm- und Budgetausschuß sowie Verwaltungs- und Rechtsausschuß) und weiteren vier Mitgliedern besteht, wurden von der Generalkonferenz Frankreich, Kanada, Marokko und die Ukrainische SSR gewählt.

**Ansprache des Generaldirektors der IAEA****(Auszug)**

Generaldirektor Dr. Sigvard Eklund stellte zu Beginn seiner Rede fest, daß auch 16 Jahre nach der Gründung der IAEA die beiden Bestimmungen ihrer Satzung betreffend die weltweite Entwicklung der Kernenergie unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer und die Durchführung von Sicherheitskontrollen, um deren militärische Verwendung zu verhindern, noch immer Grundpfeiler ihrer Tätigkeit seien. Durch den Atomsperervertrag habe die Kontrollfunktion neue Impulse erhalten.

Was die Unterstützung der Entwicklungsländer betreffe, habe die IAEA mit Genugtuung den „Start“ einiger unter ihnen in nukleare Bereiche beobachtet. Durch die rasche Entwicklung der Kernenergietechnik und die zunehmende Sorge um die Erhaltung der menschlichen Umwelt sei es dringend nötig geworden, sich international über Bestimmungen für die Betriebssicherheit von Kernanlagen, einschließlich der Behandlung radioaktiver Abfälle, zu einigen. Die von der IAEA erzielten Ergebnisse könnten dazu beitragen, in vielen Mitgliedstaaten bei der Öffentlichkeit Verständnis für die Kernenergie zu wecken. Besondere Bedeutung gewinne die künftige Rolle der Kernenergie im Zusammenhang mit der sogenannten „Energiekrise“. Die öffentliche Anerkennung der Kernenergie sei vorübergehend durch die Diskussion über die Umwelt beeinträchtigt worden. Besonnene Umweltschützer begännen jedoch einzusehen, daß bei näherer Überlegung die Kernenergie wesentlich weniger schädliche Wirkungen auf die Umwelt mit sich bringe, als jede andere Art der Energiegewinnung.

Generaldirektor Dr. Eklund erklärte dann, die Einführung der Kernenergie in den Entwicklungsländern stelle die IAEA vor eine neue Aufgabe. Die Marktuntersuchung, deren Ergebnisse vor kurzem veröffentlicht wurden, sei eine der Möglichkeiten der IAEA, diesen Ländern zu helfen. Es sei zu hoffen, daß dieses Dokument staatlichen Energiebehörden sowie Finanz- und Industrieorganisationen bei ihrer Planung eine Hilfe sein werde.

Der finanzielle Beitrag der IAEA zur technischen Hilfe sei zwar nur ein Samenkorn, doch habe er genügt, um in zahlreichen Fällen das Anlaufen neuer Forschungen oder die Vorbereitung auf Investitionsstudien zu ermöglichen, die weitaus bedeutender seien als der Geldwert der gewährten Hilfe. Die Leistungen der gemeinsamen FAO-IAEA-Abteilung auf dem Gebiet der Anwendung von Atomenergie in Ernährung und Landwirtschaft werde hochgeschätzt, erweise sich aber immer wieder als unzureichend im Verhältnis zu den Ausmaßen des Problems. Die IAEA müsse mehr Mittel für ein kurzfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm aufwenden, um den Entwicklungsländern bei ihrem Bemühen zu helfen, ihre unbefriedigende, krisenanfällige und labile Ernährungslage zu verbessern. Erstmalig habe man über 90% des Zielbetrages von 3 Millionen Dollar für die freiwilligen Beiträge erreicht, doch sei der Wert dieser Beiträge durch Änderungen der Devisenkurse und die Geldentwertung gesunken. Dr. Eklund appellierte daher an die Mitgliedstaaten, höhere als ihre anteilmäßigen Beiträge einzuzahlen.

Er erklärte weiters zur Erläuterung der finanziellen Situation, die Ansätze des Gesamtbudgets 1974 seien infolge der Wechselkursschwankungen und der Inflation höher, das Arbeitsprogramm zeige jedoch gegenüber 1972 und 1973 praktisch keinen Zuwachs. Im Gouverneursrat hätten die Mitgliedstaaten bisher positiv reagiert und zusätzlich Beiträge bewilligt, um genehmigte Programme einigermaßen vor den Auswirkungen der Kursschwankungen zu schützen. Dem Sekretariat sei es gelungen, einen Teil der Verluste durch Einsparungen auszugleichen. Weitere Einsparungen wären nur mehr durch Beschneiden von Programmen und durch den Verzicht auf neue Initiativen zu erzielen.

Die Arbeiten der IAEA auf dem Gebiet des Strahlen- und Umweltschutzes hätten in letzter Zeit durch freiwillige Beiträge und eine gewisse Neuordnung der Prioritäten eine Stärkung erfahren. In mehreren Mitgliedstaaten seien gründliche Studien über Strahlenschutz im Gange, und die IAEA hoffe, deren Ergebnisse auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können. Auch die Behandlung und die Beseitigung von Atommüll biete viele Möglichkeiten zu verstärkter internationaler Zusammenarbeit. In dieser Beziehung habe die IAEA die äußerst wichtige Aufgabe, Kriterien für Ablagerungsstätten aufzustellen, die in einem dichtbevölkerten Erdteil, wie z. B. Europa, regional oder international organisiert werden müßten.

12

Bezüglich des Atomsperrvertrages betonte Generaldirektor Dr. Eklund, daß mit der Unterzeichnung des Sicherheitskontrollabkommens zwischen der IAEA und den kernwaffenlosen Mitgliedern von EURATOM im April 1973 ein bedeutender Schritt zu seiner Durchführung getan worden sei. Vorverhandlungen über Sicherheitskontrollen im Rahmen des Atomsperrvertrages seien in mehreren Ländern im Gange, unter anderen mit den USA und Großbritannien im Zusammenhang mit ihrem Angebot, ihre nichtmilitärischen Kernanlagen der Kontrolle der IAEA zu unterstellen. Die Durchführung des Atomsperrvertrages schreite jedoch nur langsam fort. 78 kernwaffenlose Staaten hätten ihn ratifiziert, aber erst 45 Kontrollabkommen seien abgeschlossen. Von den 7 Ländern der Welt mit über 100 Millionen Einwohnern hätten nur 2, die USA und die UdSSR, den NPT ratifiziert.

Im Jahre 1975 werde die im Atomsperrvertrag vorgesehene Revisionskonferenz den Regierungen Gelegenheit bieten, den Fortschritt der durch den Vertrag geschaffenen Nichtweiterverbreitungsordnung zu beurteilen. Die IAEA könne auf Grund ihrer Leistungen im Rahmen des Vertrages mit Zuversicht zu dieser Konferenz gehen. Dank der Arbeiten des Ausschusses für Sicherheitskontrolle und der Bereitschaft der Mitgliedstaaten, innerstaatliche Systeme für Kernmaterialbuchführung zu schaffen, sei es der IAEA gelungen, das Kontrollsysteem den Erfordernissen des NPT anzupassen.

Auf dem Gebiet der Beziehungen der IAEA mit anderen Organisationen nannte der Generaldirektor die langjährige enge Verbindung mit der Kernenergieagentur der OECD, auf Grund derer z. B. gemeinsame Untersuchungen über Uranreserven und ein gemeinsames Projekt über Nahrungsmittelbestrahlung durchgeführt würden. Er wies weiters auf die nützliche Zusammenarbeit mit mehreren UN-Spezialorganisationen hin und drückte die Hoffnung aus, daß die Errichtung des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse in Wien zu einer engen Kooperation mit der IAEA, besonders hinsichtlich des Studiums von Energiesystemen, führen werde.

In seiner Rede dankte Generaldirektor Dr. Eklund der österreichischen Bundesregierung für die schon traditionelle Unterstützung der IAEA auf verschiedenen Gebieten, wobei er besonders den Beginn der Bauarbeiten am Ständigen Amtssitz im Donaupark anführte.

**Auszüge von im Plenum gehaltenen Ansprachen der Delegierten**

Die Delegierte der USA überbrachte die Grüße des Präsidenten und erklärte, die Tätigkeiten der IAEA entsprächen direkt Präsident Nixons Sorge um den Weltfrieden und seiner Entschlossenheit, dringendem Energiebedarf zu entsprechen, ohne die Umwelt zu gefährden. Präsident Nixon habe entscheidende Schritte in dieser Richtung unternommen, u. a. durch Anordnung einer weitgehenden Reorganisation der mit Energiepolitik befaßten Regierungsstellen. Für ein Energieforschungs- und Entwicklungsprogramm würden für eine Fünfjahresperiode 10 Milliarden US-Dollar aufgewendet werden. — Ausführlich würdigte die Delegierte die für 14 Entwicklungsländer abgeschlossene Bedarfsstudie für Kernenergie und unterstrich die große Aufgabe der IAEA auf dem Gebiet der Nutzung der Kernenergie in Entwicklungsländern. — Besondere Bedeutung komme auch der Rolle der IAEA im Umweltschutz zu; die US-Delegation unterstützte voll das vom Gouverneursrat im Budget 1974 empfohlene Umweltprogramm. — Die Delegierte erklärte neuerlich, daß die USA die Ziele des NPT einschließlich der Aufgaben der IAEA bei der Sicherheitskontrolle stärkstens unterstützen und erwähnte mit besonderer Genugtuung die Unterzeichnung der Sicherheitskontrollabkommen durch die EG-Länder. Die Verhandlungen über die Unterstellung der amerikanischen Kernaktivitäten, mit Ausnahme der direkt für die nationale Sicherheit bedeutsamen, unter die IAEA-Sicherheitskontrollen seien im vollen Gange. Hierdurch sollten Befürchtungen mancher Staaten, der NPT verursache wirtschaftliche Nachteile, beseitigt werden.

Der Delegierte der Sowjetunion stellte fest, daß die diesjährige Generalkonferenz in einer günstigen internationalen Atmosphäre stattfinde, wobei dem Vertrag zur Verhinderung eines Atomkrieges und anderen zwischen der UdSSR und den USA abgeschlossenen Abkommen für die Verbesserung des politischen Klimas in der Zukunft große Bedeutung beigemessen werden müsse. Er unterstrich neuerlich, daß die IAEA ihren Hauptaufgaben nur entsprechen könne, wenn der NPT systematisch erfüllt werde. Sie möge daher auch weiterhin versuchen, möglichst viele Staaten zum Beitritt zu diesem Vertrag zu veranlassen. — Die IAEA werde in Zukunft ihre Funktionen immer wirksamer erfüllen können, je größer die Zahl der Mitglieder von Jahr zu Jahr werde. Besonders erfreut sei die sowjetische Delegation über die Aufnahme der DDR und der Mongolei. — Während die sowjetische Delegation die Tätigkeiten der IAEA in der Periode 1972/73 guthieß, bedauerte sie den beträchtlichen Anstieg unproduktiver, durch Inflation und Dollarabwertung verursachter Ausgaben und forderte das Sekretariat auf, Schritte zu unternehmen, um diese Situation zu beenden. — Die COMECON-Länder hätten ihre Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet fortgesetzt und mit der Errichtung einer dritten internationalen Institution begonnen. — Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe habe die Sowjetunion bereits 45 bilaterale Abkommen abgeschlossen, auf Grund derer bisher 490 größere Industriebetriebe oder andere wichtige Einrichtungen aufgebaut worden seien.

Der Delegierte Belgiens unterstrich unter Hinweis auf die finanziellen Schwierigkeiten die Notwendigkeit, das Programm der IAEA auf die vordringlichsten Aufgaben zu beschränken, wobei die Arbeiten auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit und des Umweltschutzes besondere Beachtung verdienten.

Auch der Delegierte Brasiliens wies auf die hauptsächlich durch Wechselkursänderungen verursachte ernste finanzielle Lage der IAEA hin, durch die besonders die Entwicklungsländer benachteiligt würden. Aus dem IAEA-Budget 1974 sei ersichtlich, daß das Entwicklungshilfeprogramm am stärksten unter den jüngsten Kursänderungen und der weltweiten Inflation leide. Seine Delegation begrüßte daher die Initiative des Gouverneursrates, der eine Untersuchung über die Finanzierungsmöglichkeiten der technischen Hilfe angefordert habe. Seiner Ansicht nach bestünde auf lange Sicht die richtige Lösung in der Einbeziehung der technischen Hilfe in das ordentliche Budget. — Er würdigte die beachtlichen Fortschritte einer Reihe von Ländern auf dem Gebiet der Kerntechnik mit Hilfe der Atomenergieförderungspolitik der US-AEC. Sollte sich aber — wie es nun den Anschein habe — die Situation geändert haben, könnten als Folge zu strenger Bedingungen für die langfristigen Anreicherungsdienstleistungen entgegengesetzte Auswirkungen eintreten. Die vorweggenommene künftige Verknappung angereicherten Urans stelle für viele Länder eine Gefahr für die Entwicklung der Kernenergie dar. In vielen Fällen werde das Problem durch offene oder versteckte politische Überlegungen verstärkt.

Der Delegierte der BRD wies auf die nun in Kraft getretene Statutenänderung hin, die besonders den Entwicklungsländern eine bessere Vertretung sichere, aber auch durch die erhöhte Mitgliederzahl der IAEA begründet sei. In diesem Zusammenhang begrüßte er die Aufnahme

der DDR. — In der BRD seien bereits 10 Kernkraftwerke in Betrieb und 20 in Bau bzw. Planung. — Besondere Bedeutung komme der Förderung der Verwendung von Kernenergie in den Entwicklungsländern durch die IAEA zu. Die BRD werde 1974 einen ihren Anteil um 12% übersteigenden freiwilligen Beitrag zum Allgemeinen Fonds leisten.

Die Delegation Jugoslawiens unterstützte alle vom Generalsekretär vorgeschlagenen grundlegenden Gedanken, doch solle den Sicherheitskontrollen gegenüber der technischen Hilfe und dem Umweltschutz keine größere Bedeutung beigemessen werden.

Der Delegierte Südafrikas würdigte die erfolgreichen Bemühungen des Generaldirektors und seiner Mitarbeiter, die Aktivitäten der IAEA auf neue Ziele und Prioritäten auszurichten, wobei dem verstärkten Programm für Umweltschutz und Kernabfallbeseitigung eine zunehmende Bedeutung zukomme. Er regte in diesem Zusammenhang die Schaffung einer ständigen Arbeitsgruppe, bestehend aus technischen Experten für nukleare Sicherheit und Umweltschutz, zur Ausarbeitung eines koordinierten und fortlaufenden Programms und vor allem zur Beratung der Regierungen der Mitgliedstaaten an.

Der Delegierte Indonesiens meinte in seiner Rede, die in den kommenden Jahren zu erwartenden, durch die weltweiten Währungsschwankungen verursachten finanziellen Schwierigkeiten müßten durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden. Er lobte die für eine Reihe von Entwicklungsländern durchgeführte Bedarfsstudie und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine weitere, bisher nicht untersuchte Länder erfassende Studie in Angriff genommen werde. Den Jahresbericht des Generalsekretärs könne seine Delegation mit Ausnahme der gegenüber den anderen Bereichen überdurchschnittlich ausgeweiteten Sicherheitskontrollaktivitäten gutheißen. Er bedauerte lediglich, daß der Bericht keine Information über regionale Kooperation enthalte.

Der Delegierte Großbritanniens wies auf die schwierige finanzielle Situation der IAEA hin und erklärte, sein Land werde seinen vollen Anteil zum Budget 1974 beitragen und, ermutigt durch die weitgehende Erfüllung des Ziels für die freiwilligen Beiträge im Jahre 1973, 1974 einen entsprechenden freiwilligen Beitrag in Pfund Sterling leisten und jede mögliche Unterstützung in Form von Sachleistungen gewähren. Großbritannien werde auch Vorschläge, das Ziel für freiwillige Beiträge für 1975 zu erhöhen, wohlwollend prüfen. — Der Delegierte begrüßte die Unterzeichnung des Kontrollabkommens zwischen der IAEA, der EURATOM und den Nichtatomwaffen-Mitgliedern dieser Gemeinschaft, wodurch für sie der Weg zur Ratifikation des NPT offen sei. Großbritannien hoffe nun mit IAEA und EURATOM ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Anwendung der Sicherheitskontrollen in Großbritannien — aber unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit — auszuhandeln.

Der Delegierte Japans wies in seiner Rede auf die zunehmende Abhängigkeit der Welt von Kernenergie und die damit steigende Bedeutung der IAEA speziell auf Grund ihrer Tätigkeit auf den Gebieten der technischen Hilfe, der Sicherheitskontrollen und des Umweltschutzes hin. — Die Zeiten, da die Atomenergie hauptsächlich ein Anliegen einer kleinen Zahl entwickelter Länder war, seien vorbei. Die technische Hilfe der IAEA für die Entwicklungsländer gewinne zunehmend an Bedeutung. — Auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes habe die Organisation eine immer wichtiger werdende Aufgabe zu erfüllen. — Hinsichtlich der Sicherheitskontrollen bezeichnete der japanische Delegierte den Abschluß des Abkommens zwischen EURATOM und den Nichtkernwaffen-Ländern von EURATOM mit der IAEA als wichtigstes Ereignis des vergangenen Jahres. Japan selbst führe zur Zeit Informationsgespräche mit der IAEA betreffend die Sicherheitskontrolle auf Grund des NPT. Im Zusammenhang mit fünf Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie habe Japan Transferverträge abgeschlossen, welche die darin vorgesehenen Sicherheitskontrollen der IAEA übertragen.

Der Delegierte von Sri Lanka lud die Generalkonferenz ein, die Abhaltung einer der kommenden Tagungen in der kürzlich fertiggestellten Bandaranaike Memorial International Conference Hall in Colombo abzuhalten. Es wäre angemessen, daß Asien als dichtestbesiedelter Kontinent wieder der Veranstaltungsort der so bedeutenden Generalkonferenz der IAEA werde.

Der Delegierte der Niederlande begrüßte die Studien des Sekretariats über die Verwendung von und die Versorgung mit Atomenergie, hielt aber eine stärkere Zusammenarbeit mit den UN-Behörden und anderen Organisationen, wie OECD und EURATOM, für wünschenswert.

Der Delegierte Indiens regte an, für die Zukunft die Frage der Übernahme des Programms der technischen Hilfe in das ordentliche Budget zu prüfen, was de facto einer Umwandlung einer freiwilligen Leistung in eine rechtliche Verbindlichkeit gleichkäme.

Der Delegierte der DDR dankte in seiner Rede für die Aufnahme seines Landes und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die DDR als einer der ersten Vertragstaaten des NPT ein Sicherheitskontrollabkommen mit der IAEA abgeschlossen habe.

Die Delegierten der Entwicklungsländer insgesamt würdigten zwar die Leistungen der IAEA auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, wobei besonders die bisher für 14 Länder erstellte Bedarfsanalyse hervorgehoben wurde, kritisierten aber die Ausweitung der Sicherheitskontrollaufgaben der IAEA zum Nachteil der technischen Hilfe, deren Anteil am Gesamtbudget zurückgegangen sei. Die Entwicklungsländer seien dazu noch von der Energiekrise und den Wechselkursänderungen besonders betroffen. Einhellig begrüßt wurde die Erweiterung des Gouverneursrates, durch die den Entwicklungsländern eine bessere Vertretung zukomme.

### Erklärung des österreichischen Delegierten

Gestatten sie mir zuerst, mich den Ausführungen meiner Vorredner anzuschließen und Sie im Namen der österreichischen Bundesregierung und der österreichischen Delegation zur einstimmigen Wahl zum Präsidenten der XVII. Ordentlichen Tagung der Generalkonferenz der IAEA aufrichtig zu beglückwünschen. Diese Wahl ist nicht nur Ausdruck der persönlichen Hochschätzung, die Sie sich in Ihrer langjährigen Mitwirkung im Rahmen der Tätigkeit der IAEA erworben haben, sondern auch die Anerkennung für den wertvollen Beitrag, den Australien schon seit den späten 40er-Jahren für die Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke geleistet hat.

Ich möchte es aber auch nicht versäumen, dem Präsidenten der XVI. Ordentlichen Tagung, seiner Exzellenz Herrn Flores de la Peña, für seine Tätigkeit nochmals zu danken und ihn zu bitten, der Regierung und dem Volk von Mexiko für die hervorragende Gastfreundschaft, die die XVI. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz in Mexiko City für alle Teilnehmer zum unvergesslichen Erlebnis werden ließ, unseres besonderen Dank zu übermitteln.

Bevor ich auf einige Punkte der XVII. Ordentlichen Tagung eingehe, obliegt mir jedoch die angenehme Pflicht, den hochgeschätzten Generaldirektor der IAEA, Herrn Dr. Sigvard Eklund, zu seiner neuerlichen Bestellung namens der österreichischen Bundesregierung, der österreichischen Delegation, aber auch im eigenen Namen auf das herzlichste zu beglückwünschen. In seinen vorangegangenen Amtsperioden sind viele wichtige Entscheidungen und bedeutende Abkommen unter seiner tätigen Mithilfe abgeschlossen worden. Seine hervorragenden Fähigkeiten als Wissenschaftler, als Administrator und als Mensch haben ihn in die Lage versetzt, die Agency zu einer effizienten Organisation zu formen, deren Anliegen er immer freundlich und taktvoll, wenn nötig aber auch mit entsprechender Festigkeit vertreten hat. Österreich hegt für Dr. Eklund eine besondere Wertschätzung, und ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit ihm auch in Zukunft fortgesetzt werden wird.

Die IAEA hat auch im abgelaufenen Jahr ihre Bemühungen zur Errichtung eines weltweiten Systems von Sicherheitskontrollmaßnahmen erfolgreich fortgesetzt. Wie wir aus dem Bericht des Gouverneursrates über die Tätigkeit der Organisation im Jahr 1972/73 entnehmen können, haben bisher 95 Nicht-Atomwaffenstaaten den Atomsperrvertrag unterzeichnet und 78 bereits die Ratifizierung durchgeführt. Allerdings haben erst 45 Staaten mit der IAEA die darin vorgesehenen Sicherheitskontrollabkommen abgeschlossen. Von diesen sind 26 schon in Kraft getreten. Wie Sie wissen, hat Österreich als eines der ersten Länder ein Sicherheitskontrollabkommen mit der IAEA unterzeichnet und ratifiziert.

Im Zusammenhang mit der Durchführung der IAEA-Sicherheitskontrollen bei österreichischen Einrichtungen gemäß den Bestimmungen des Atomsperrvertrages hat das österreichische Parlament ein Gesetz verabschiedet, auf Grund dessen nunmehr ein österreichisches nationales Kontrollsysteem erstellt wird. In dankenswerter Weise finden unsere Bemühungen, ein rationelles und befriedigendes Verfahren für die technische Durchführung der Sicherheitskontrollen zu entwickeln, die Unterstützung der IAEA.

Wir begrüßen daher auch, daß die IAEA die Einladung Japans, ein „Panel über Systeme der Buchführung über und Kontrolle von nuklearem Material“, welches im November dieses Jahres in Tokio abgehalten wird, angenommen hat. Wir hoffen, daß dieses Expertentreffen wertvolle Ergebnisse erbringen wird.

Im Hinblick auf die Ausweitung der nuklearen Industrie in vielen Ländern wird der technischen Vervollkommenung der Sicherheitskontrolle und der Koordinierung nationaler Kontrollsysteme mit denen der IAEA noch größere Bedeutung zuzumessen sein.

Zur Durchführung ihrer Kontrollfunktion benötigt die IAEA aber auch entsprechende Laboratorien, um die nötigen Untersuchungen auf Grund ihrer Kontrollen vornehmen zu können. Nach gründlichen Verhandlungen konnte am 3. Juli d. J. ein entsprechender Vertrag zwischen der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie und der IAEA über die Errichtung dieses

„Safeguards-Laboratoriums“ auf dem Gelände in Seibersdorf unterzeichnet werden. Die Arbeiten zur Errichtung dieses Laboratoriums werden in Kürze beginnen, sodaß es von der IAEA voraussichtlich am 1. Jänner 1975 in Betrieb genommen werden kann. Auch die derzeit noch im Grand Hotel untergebrachten 3 Laboratorien werden dem Wunsch der IAEA entsprechend nach Seibersdorf verlegt werden.

1975 wird, wie sich aus Artikel VIII/3 des Atomsperrvertrages ergibt, in Genf die Review-Konferenz stattfinden. Es könnte nützlich sein, den Mitgliedstaaten vor Beginn der nächstjährigen Ordentlichen Tagung Informationen über die Vorbereitung dieser Konferenz zuzuleiten, um den Delegationen eine gründliche Vorbereitung auf die sachbezogenen Diskussionen zu ermöglichen.

Die Bedeutung, die seitens der IAEA dem Schutz der menschlichen Umwelt und den Sicherheitsmaßnahmen bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie beigemessen wird, ist zwar sicherlich dem zunehmenden Interesse der öffentlichen Meinung an Fragen des Umweltschutzes zuzuschreiben. Hauptsächlich wird sie jedoch von der Erkenntnis und dem Verantwortungsbewußtsein getragen, daß diese Maßnahmen nicht nur die künftige Energieversorgung großer Teile unserer Erde sicherstellen sollen, daß aber Fehler in der Anwendung der Kernenergie viel schwerwiegender und akut gefährlichere Auswirkungen haben als andere Formen der Umweltverschmutzung. Es ist daher zu begrüßen, daß in diesem Jahre seitens der IAEA, unter Berücksichtigung auch der Ergebnisse der im Vorjahr in Stockholm abgehaltenen UN-Umweltenschutzkonferenz, fast doppelt so viele Symposia und Seminare über diese Probleme veranstaltet worden sind als in den vorausgegangenen Jahren.

Von den Diensten, die die IAEA den Mitgliedsländern beistellt, soll nach österreichischer Ansicht das International Nuclear Information System (INIS) hervorgehoben werden. Eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit hat sich zwischen diesem System und den interessierten österreichischen Stellen entwickelt.

Die Arbeiten an der Errichtung des ersten österreichischen Kernkraftwerkes mit einer Leistung von über 700 MW in Zwentendorf an der Donau schreiten zügig voran. Überlegungen über die Errichtung eines zweiten österreichischen Kernkraftwerkes sind im Gange.

In der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder hat sich Österreich von der Überlegung leiten lassen, daß das Prinzip der Universalität aller betroffenen und interessierten Länder gerade bei einer internationalen Organisation besondere Bedeutung hat, die sich mit Problemen der friedlichen Nutzung von Kernenergie befaßt, da die Auswirkungen bei der Lösung dieser Probleme meist nicht an den Grenzen eines Landes hält machen.

Was das Budget der IAEA betrifft, hat Österreich Verständnis für die schwierige Lage, in die die Organisation, insbesondere durch die Kostensteigerungen und die Unsicherheit in der Relation der wichtigsten internationalen Währungen geraten ist, und für die Notwendigkeit, trotz sparsamster Verwaltung ein Nachtragsbudget für 1973 vorzulegen. Österreich wird seinen entsprechenden Beitrag dazu leisten.

Auch gegen die Ansätze des Budgets für 1974 werden von österreichischer Seite keine Einwendungen erhoben. Es wird jedoch in künftigen Jahren notwendig sein, dafür zu sorgen, daß die Erfüllung der eigentlichen Aufgaben der Organisation nicht durch die gebotene Sparsamkeit und durch den steigenden Anteil der Personal- und der Verwaltungskosten am Gesamtbudget, der sich schon aus den Lohn- und Preissteigerungen ergibt, eingeschränkt wird. Dem Herrn Generaldirektor und allen seinen Mitarbeitern gebührt sicherlich unser Dank, sowohl für die unter diesen schwierigen Umständen erzielte sparsame Verwendung der bereits bewilligten Mittel als auch für die gleichen Grundsätze bei der Erstellung des neuen Voranschlags.

Als Vertreter des Gastlandes der IAEA obliegt es mir, Ihnen eine kurzen Bericht über den Stand der Arbeiten an der Errichtung der definitiven Amtssitzgebäude für diese Organisation zu geben. Nach sehr gründlichen, in ständigem Kontakt mit den in Wien ansässigen internationalen Organisationen durchgeföhrten Planungsarbeiten wurde in diesem Frühjahr mit den Fundierungsarbeiten begonnen. Diese Arbeiten wurden so zügig vorangetrieben, daß vor wenigen Tagen bereits die Errichtung des Rohbaues für eines der Bürogebäude in Angriff genommen werden konnte. Bei der Bauausführung wird darauf Bedacht genommen, daß durch Anwendung modernster Baumethoden die Fertigstellung der Bauten in kürzestmöglicher Frist, jedoch bei Gewährleistung der dem internationalen Standard entsprechenden Qualität, erfolgen kann. Ich bin ermächtigt, Ihnen er-

18

neut zu versichern, daß die österreichische Bundesregierung gemeinsam mit der Stadt Wien dafür Sorge tragen wird, daß adäquate Büroräumlichkeiten mit den dazugehörenden Nebeneinrichtungen der IAEA zum frühestmöglichen Termin in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Sollte zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bauten der Raumbedarf der IAEA noch nicht zur Gänze die vorgesehene Größenordnung erreichen, wird dies Österreich in die Lage versetzen, die freien Kapazitäten entsprechend den Gegebenheiten zu nutzen und dabei insbesondere auch auf den Bedarf anderer Sekretariatseinheiten der Vereinten Nationen Bedacht zu nehmen.

Abschließend möchte ich diese Gelegenheit benutzen, dem Herrn Generaldirektor und den leitenden Funktionären der IAEA ebenso wie allen ihren Mitarbeitern für die ausgezeichneten Vorarbeiten zu dieser Tagung, ebenso wie für die vorbildliche Zusammenarbeit mit allen österreichischen Stellen während des abgelaufenen Jahres, herzlichst zu danken.

